

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 13. Januar 1903.

№ 5.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Auch des Dezembers erste Hälfte war gleich den vorausgegangenen Tagen des November ausschließlich dem wilden und aufreizenden Treiben um die bestmögliche Auspönerung des Volkes bestimmt und als dann in der für immer berichtigten Nacht vom 13. zum 14. Dezember die mit Redtsbrüchen und ähnlichen Mitteln herbeigeführte Entscheidung über die Zolltarifvorlage deren Annahme mit zwei Drittel Mehrheit ergab, da konnte jeder ehrlich denkende Mensch der Reichstagsmehrheit nur voll abweisenden Zornes zurufen: Das war kein Selbstmord! Nicht minder geeignet zur Luftstachelung und Wachhaltung der Leidenschaften waren auch die an unterschiedlichen Orten aus Anlaß der Affaire Krupp weiter an Arbeitern unternommenen Erpressungen zu Loyalitätsbezeugungen. Daß des Arbeiters Unfreiheit, seine unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen doppelt empfindliche Abhängigkeit durch solch plumpe Anreizungen zur Gesinnungsverleugnung, ja in Vordrum sogar zu einem regelrechten Erjuden an den Kaiser, die Initiative zu einer Venderung der Gesetzgebung zu ergreifen, „damit der weiteren Vergiftung unsers Volklebens durch eine verwerfliche Kampfesweise vorgebeugt werden kann“, ausgebeutet worden ist, hat jedoch selbst in Nichtarbeitertreisen scharfe Verurteilung gefunden, am entschiedensten jedenfalls in der Sozialen Praxis. Bei dieser Gelegenheit die fällige Buchdrucker-Affaire einschalten zu sehen, daran hatten wir aber doch nicht einmal im dunkelsten Winkel unsrer schwarzen Seele gedacht. Aber das Unmögliche ist geschehen und dem Vorwärts gebührt das Verdienst, den richtigen Augenblick nicht verpaßt zu haben. Obwohl in dem Artikel „Kaiser—Arbeiter—Sozialdemokratie“ in Nr. 146 und weiter in dem Leiter in Nr. 150 für jeden Einsichtigen und noch über etwas Gerechtigkeitsgefühl Verfügenden ja schon alles nötige zur Entkräftung des vom Vorwärts an den Haaren herbeigezogenen und von anderen Parteiblättern in bekannter Folgerichtigkeit noch gesteigerten Beschuldigungen gesagt worden ist, müssen wir an dieser Stelle doch noch einiges darüber ausführen, da schon die Gewerkschaftspressen — wenn auch aus Gründen der technischen Herstellungsweise ihrer Organe erst vereinzelt — ihre Stimme in dem neuesten Kreuzzuge gegen den Corr. erhoben hat. Von den Blättern der freien Gewerkschaften meldete sich bis zum Abschluß dieser Hebericht (21. Dezember) allerdings nur das Schuhmacher-Zachblatt zum Worte. Die alte Zuneigung für den Corr. bekundete es nach dem Vorbilde des zentralblättrigen Tricks unter vollständiger Außerachtlassung der unsern Artikel „Die Probe aufs Exempel“ in Nr. 143 einzig und allein als Unterlage dienenden Vorgänge bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Düsseldorf und zitiert dann gegen „das Gewerkschaftsblatt, das allerdings auch mit seinen sonstigen Anschauungen in der deutschen Arbeiterpresse ganz allein steht“ den inzwischen zerpflichten Anwurf des Vorwärts Das Schuhmacher-Zachblatt macht sich also damit des selben schweren Vergehens der Tatsachenfälschung schuldig wie der Vorwärts und die diesen in vorliegendem Falle nachzutunenden Parteioorgane. Damit aber auch der Humor zu seinem Rechte komme und dadurch ein glücklicher und gesundheitsförderlicher Ausgleich zwischen Seelenschüttung und herzerfröhlicher Heiterkeit geschaffen werde, leitete sich das Organ der Schuhmacher jedenfalls die Bemerkung von unsrer Forderung auch in unseren sonstigen Anschauungen. Mit dieser angebotenen Forderung sieht es nämlich in Wirklichkeit so aus, daß eine ganze Reihe von Gewerkschaftsblättern unsere Rumbschauungen mit der diesen beigegebenen Tendenz abdruckt worüber wir natürlich nicht im geringsten böse sind — wie in der ehe dem so maßlos bekämpften Tarifgemeinschaftsfrage der Corr. jetzt als Fundgrube des praktischen Studiums für alle Gewerkschaften bezw. deren Organe gilt und nicht zuletzt trifft dies auf das Schuhmacher-Zachblatt selbst zu, welches tatsächlich bedeutend früher als manches andre Gewerkschaftsblatt in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ein nachahmenswertes Beispiel für alle anderen Arbeiterkategorien erblickte und lebhaft Propaganda für den Abschluß von gemeinsam vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen machte. Zweifellos ist also der nach dem Schuhmacher-Zachblatte in der deutschen Arbeiterpresse alleinstehende Correspondent gerade für das Schuhmacher-

Zachblatt eine sehr ergiebige und deshalb immer gern aufgesuchte Quelle zur eignen Belehrung wie zum zweckdienlichsten Anschauungsunterrichte seiner Leser! Das Hirsch-Dunderjche Zentralorgan „Der Gewerbeverein“ behandelte unsern in Frage stehenden Artikel dagegen von einem weit anständigerem Standpunkte aus. Es geht auf die Frage der Arbeiterkandidaturen speziell ein, macht die Ausführbarkeit dieses Gedankens von der Däntengewährung an die Reichstagsabgeordneten abhängig und erwähnt dabei mit besonderem Hinweise auf die mit dem 23. November bedenkten Wahlen in Düsseldorf unsre an das Correspondenzblatt gerichtete Entgegnung auf dessen bezügliche Notiz. Das die Annahme des Zolltarifes mit einem erleichternden: „Die Unsicherheit ist heftig, nun wird auch wieder Handel und Industrie, insolgebehen auch die Arbeit wieder neuen Aufschwung nehmen“ begleitende Evangelische Arbeiterblatt bringt die vom Vorwärts usw. ausgeschaltete Stelle ebenfalls ohne Bezugnahme auf Düsseldorf, also direkt im Zusammenhang mit dem Sammelrufe des Kaisers. Ist die eses Verschweigen unsrer Motive von diesem gut christlichen Blatte nun absichtlich geschehen, so gilt ihm der gleiche Vorwurf wie den sozialdemokratischen Organen, liegt aber lediglich Irrtum oder Unkenntnis vor, so wollen wir Milde üben. Um forresten ließ sich der in Düsseldorf erscheinende „Gewerbevereinsbote“ (Organ des Ausbreitungsverbandes der deutschen Gewerkevereine für Rheinland und Westfalen) über diese Angelegenheit vernehmen, dessen Leiter — der wegen seiner Reformbestrebungen in den Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereinen von Berlin aus auf den Index gesetzt, am Rheine aber und neben anderen Leuten auch von uns wegen seiner Sachlichkeit und Befähigung geschätzte Erkelens — jedenfalls auch die Seele des Düsseldorfer Vorgehens gewesen ist. Da in Nr. 143 die dortigen Verhältnisse eingehendste Erörterung fanden, können wir von einer nochmaligen Ansführung der einzelnen Momente wohl absehen. Wir wollen deshalb nur bemerken, daß der Gewerbevereinsbote bis jetzt das einzige Organ gewesen, welches seiner Verwunderung über die vom Vorwärts und anderen Parteioorganen unterlassene Erklärung ausdrückt, daß unsere so aufsehenerregenden Ausführungen in Nr. 143 nur das Düsseldorfer Ergebnis behandeln und nur von diesem aus schlussfolgern. Daß dieser Hinweis in den Parteiblättern unterließ, ist nach unsrer Meinung eben eine ganz infame Fälschung der Tatsachen, eine journalistische Halsabschneiderei sondergleichen. Bei solchen, sonst von jener Seite immer der „Korruption“ der bürgerlichen Presse nachgesagten Mädelnheiten ist es ja dann nicht zu verwundern, wenn ein andres, seiner großen Geduld dem Corr. gegenüber sich rühmendes Parteiblatt uns Liebenswürdigkeiten wie serviler Fürstendiner und Ordenssjäger an den Kopf schleudert, ohne von unserm Artikel „Die Probe aufs Exempel“ die geringste Kenntnis zu haben. Wer vom Corr. etwas mehr als den Titel liest, wer seine Kenntnis über Buchdruckerangelegenheiten und die Haltung des Corr. direkt aus unseren Spalten und nicht auf Umwegen aus dem Vorwärts schöpft, wer freilich unsern Artikel über die Zuchthausvorlage in Nr. 64 Jahrg. 1899 gelesen, welcher damals als einer der schärfsten auch von Parteiredaktoren anerkannt wurde, kann unmöglich dergleichen dummes Zeug schreiben. Hätte man den Lesern der in Betracht kommenden Parteiblätter die von uns ernet aufgeworfene Frage der Arbeiterkandidaturen im Zusammenhang mit dem in Düsseldorf geschaffenen Wahlkompromisse unterbreitet, statt die dortigen Vorgänge nach viel geschmähten bürgerlichen Muster einfach tot zu schweigen, so wäre gerade uns eine sachliche Diskussion am willkommensten gewesen, denn über Unsichten läßt sich streiten und daß aus Gegenfragen erit das Recht geboren wird, soll auch von uns als Regel nicht bestritten werden. So aber hat man die Leser größlich getäuscht über das, was wir geschrieben, hat man uns eine Frukifizierung der Kaiserrede unterworfen, die einem Korbmacher Fischer und Genossen alle Ehre machen würde. Wie soll ein Abonnent dieser Blätter wohl erfahren, daß aus ganz anderen Motiven, als in jener Kaiserrede angegeben, der Corr. eine Vertretung der Gewerkschaften in den Kommunen und Parlamenten schon in Nr. 12 des Jahrganges 1899 in Anregung brachte und wir seitdem (zuletzt noch in Nr. 134, Jahrg. 1902) uns häufig des längern oder kürzern mit dieser Frage beschäftigten? Wir wollen in unsrer nächsten Hebericht die sich noch

mehenden Gewerkschaftsstimmen ohne Kommentierung registrieren, denn die Gewerkschaftsblätter werden wohl auf den vom Vorwärts inszenierten Coup ohne weiteres hineinfallen, sie werden nicht ahnen, daß dem Vorwärts an einer Debatte über ein so heikles Thema gar nichts gelegen, daß es ihm vielmehr nur um Material für seinen historischen Kalender zu tun war bezw. um einen neuerlichen Anlaß, „den Buchdruckern das Gewissen zu schärfen“, wie es ja so schön in der vom Vorwärts ausgeklügelten „Berichtigung“ jener Kalendernotiz hieß. Poseimur!

Die Begleitermeinungen bei der diesjährigen Gewerbevereinswahl in Berlin bildeten in der Berichtszeit den ausschließlichen Tagesordnungspunkt einer zweiten in dieser Angelegenheit tagenden Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission, welche von 600 Delegierten und Vorstandsmitgliedern besucht war. Die Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Vorwärts-Redaktion waren ebenso gründlich wie interessant, ihr Ausgang allerdings wird an dem Stande der Dinge nicht das Geringste ändern. Man möchte es fast ein Verhängnis nennen, daß gerade die für die sozialdemokratische Bewegung so stramm antretenden Maurer in den Streitfällen mit den Lokalisten immer gegen die Instanzen und Organe der sozialdemokratischen Partei als Hauptankläger auftreten; wir haben das schon in der Hamburger Accordmaurer-Affaire beobachtet können und sehen es hier wieder bei dem Streite um die Gewerbevereinswahl in Berlin. Dem zweifellos will es doch etwas bedeuten, wenn der s.-d. Reichstagskandidat Silberstein (Verbandsbeamter der Maurer) in dieser Versammlung bitteren Tones klagte, „daß der Parteivorstand und andere einflussreiche Organe der Partei trotz aller Bitten(!) nicht energisch gegen die Lokalorganisationen und ihr schädliches, die Arbeiterbewegung zerpflechtendes Treiben eingegriffen seien. Man berufe sich auf die Neutralität. Was in der Partei nicht gebilligt werde, die ewige Quereberterei, solle in der Gewerkschaftsbewegung scheinbar gelten. Die Haltung des Parteivorstandes und anderer Parteioorgane sehe im schreiendsten Widerspruche zu der Haltung der großen neutralorganisierten Arbeitermassen Deutschlands“. Oder wenn er zum Schlusse seiner Ausführungen unter lebhaftem Beifalle energisch fordern konnte: „Einmütig müsse der Bruch mit den Sonderblättern vollzogen werden. Und von den Vertrauensleuten, der Parteileitung und unserm „Vorwärts“ könne man dringend wünschen, daß sie die Tinte der Neutralität vertrocknen lassen möchten und in Versammlungen und in der Zeitung predigen, daß der Klassenkampf naturgemäß ein einheitlicher sein müsse, wie es im Programm heiße. Jede Schwäche den Lokalisten gegenüber sei zu vermeiden, denn sie leiste ihnen Vorwurf und gefährde so die allgemeine Arbeiterbewegung.“ Wir haben schon mit unseren Ausführungen in Nr. 140 diese Art neutraler Tinte als für den Gebrauch absolut ungeeignet bezeichnet und uns in der Beurteilung des Falles entschieden auf Seite der Gewerkschaftskommission gestellt. Der zum Worte gekommene Redaktionsvertreter brachte in seiner Entgegnung nur den üblichen Cieranz zu Worte: Der Vorwärts habe immer erklärt, daß er eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung für notwendig und die Zentralverbände für die geeignetste und zweckmäßigste Organisation halte, aber — und nun kommen die trotz der vielen Wiederholungen nicht fruchtbarer gewordenen alten Gedanken — „so lange es noch Parteigenossen gebe, die anderer Meinung seien als die anders organisierte Mehrheit, dürften sie nicht in der Ausherrschung ihrer Meinung beachtlich werden“. Wenn weiter von der Vorwärtsvertretung zur Verteidigung ihrer Haltung auf die immer mehr zunehmende Erflartung der Zentralorganisationen und andererseits auf die Schwächung der lokalistischen Bewegung verwiesen wurde, so stimmt diese Rechnung nicht ganz. Zwar sind die Zentralorganisationen unzweifelhaft in den letzten 10 bis 12 Jahren sehr erstarkt, doch ist dieser Umstand lediglich der Ueberwindung der Kinderkrankheiten zuzuschreiben, mit denen die Gewerkschaftsbewegung reichlich genug bedacht und deren Ursachen nicht zuletzt der Unklarheit über die Ziele der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung zuzuschreiben war. Die lokalistische Richtung insgesamt hat numerisch, dadurch gewiß eine Schwächung erfahren, während andererseits ihre destrukt-

tiven Tendenzen, ihr Egoismus, ihre Quertreiberei, ihre Durchkreuzungen von Aktionen der Zentralorganisationen wie auch die Gründung neuer, zentraler Vereinigungen immer mehr zunahm, je klarer und planmäßiger sich die Taktik der Verbände entwickelte. Daß dieser zwiespältige Zustand der gewerkschaftlichen Bewegung tiefe Wunden geschlagen, daß schon so manches Vorgehen zum Gaudium der Kapitalisten durch dieses Getrenntmarschieren und Gegeneinander schlagen in die Brüche gegangen, haben wir oft genug gesehen. Durch einen ganz raffinierten Trick, durch ihr förmliches Anschließen als Parteigenossen haben nun die Lokalfisten sich eine Stütze geschaffen, welche sich bis dato prächtig bewährt und deshalb auch von den Leberläusern liebevoll gehegt und gepflegt wird. Erfüllung der Parteipflichten und Hochhaltung der Parteiflagge sind nämlich die obersten Gebote der Fleißgarde, auf die bei jeder Gelegenheit ebenso prompt und aufdringlich aufmerksam gemacht wird wie in anderen Kreisen gewisse Devotionen selbstverständlich sind. In beiden Fällen ist der damit verbundene Zweck aber der gleiche, nämlich „oben“ eine gute Nummer zu haben. Und so kommt es denn, daß für die Beurteilung der Machenschaften dieser guten Parteigenossen auf wirtschaftlichem Gebiet dem Vorwärts und anderen Parteiorganen sehr oft das rechte Wort in der Kasse stecken bleibt die Ausnahme bei der Buchdrucker-Gewerkschaft wollen wir gern gelten lassen — hingegen die Hirsch-Dunkerischen und die Ehrlichischen die ganzen Register der Entrüstung und Verdammung zu hören bekommen. Aus diesem Grunde hieß der Vorwärts bei den diesmaligen Berliner Gewerbe-gerichtswahlen das eigenartige Proportionalssystem der Parteivertrauensleute für korrekt und verwarf den Standpunkt des Gewerkschaftsausschusses, welcher wegen der gerade im letzten Jahre so gehäuften schmachlichen Handlungen keine Lokalfisten zur Kandidatur zulassen wollte. Aus diesem Grunde auch erklärt die Redaktion des Vorwärts in einem dem Versammlungsberichte angefügten Nachwort, sie könne nicht Tausende von Parteigenossen, die in der Frage der Gewerkschaftsorganisation und der Gewerkschaftstaktik mit den Zentralverbänden noch nicht übereinstimmen, einfach an die Wand drücken und mundtot machen, wie sie an einer andern Stelle noch gemeinverständlicher sagt: „In den gewerkschaftlichen Zentralverbänden, fraglos im Buchdruckerverbände, sind eine große Anzahl Personen, die nicht Sozialdemokraten sind. Der Vorwärts, als sozialdemokratisches Parteiblatt und Zentralorgan, kann nicht Direktiven entgegennehmen von Organen, die auf ganz unpolitischem Grunde ruhen und von Angehörigen der verschiedensten politischen Parteien besetzt sind.“ Die auf politischem Grunde ruhenden Lokalforganisationen, deren Mitglieder nur der Sozialdemokratie angehören, sind danach also dem Vorwärts die gewiesenen Stellen, von denen er Direktiven entgegennehmen kann und entgegennehmen wird. Die gegen 16 Stimmen angenommene Resolution Majsini, welche das Verhalten des Gewerkschaftsausschusses billigt und die Erwartung ausspricht, daß für die Zukunft die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen eine ihrer Bedeutung entsprechende Beachtung bei den Parteiorganen finden werden, wird mithin nicht die geringste Veränderung des gegenwärtigen wenig erbaulichen Zustandes zeitigen. In der Folge sind dann ja auch die Hauptführer der beiden Richtungen der Maurer zwar ausdrücklich, aber vollständig kommentarlos in dieser Sache zum Worte gekommen und haben wie drüben ist in den Organisationsversammlungen die Stellungnahme zu diesen Vorgängen so grundverschieden erfolgt, wie sie eben aus den Verhältnissen heraus nicht schärfer sein kann. Zur Charakterisierung der vom Vorwärts beschriebenen Lokalfisten wollen wir aber noch kurz einiges von Interesse anführen. Anfang Dezember vorigen Jahres fand nämlich in Berlin eine Gerichtsverhandlung statt, bei welcher der Maurer Robert Waldb, Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Spandaus und Umgegend, eine recht traurige Rolle spielte. Dieser Leiter einer auf politischer Grundlage ruhenden Organisation hatte nämlich an einen Maurer- und Zimmermeister folgende Postkarte gerichtet: „Geheter Herr Schütler! Wir Endesunterzeichneten teilen Sie hierdurch mit, daß Sie auf Ihrem Neubau den Führer der Sozialdemokraten Degner (Maurer) beschäftigen. Der Streit wird bald losgehen. Mehrere unorganisierte Maurer.“ Diese Prachtleistung, von welcher später ein glücklicher Wind jedenfalls Herrn Alexander Dahl etwas zugeweht hat, veranlaßte die beiden zentralorganisierten Maurer Degner und Lemme, den Waldb in einer Versammlung der Lokalfisten als den Schreiber der Karte und als Lump und Denunziant zu bezeichnen. Waldb stellte daraufhin die Genannten in der flehentlichen Einigkeit als elende Verleumder hin und strengte Verleumdungsklage an. Das Ende vom Liede war die Kennzeichnung des Waldb als Kartenschreiber durch zwei Sachverständige und seine Verurteilung zu 15 Mark Geldstrafe und der vollen Kosten, trotzdem Waldb mit einer neuen Denunziation vor Gericht schließlich um deren niedrigste Verneinung bat. Die Verurteilung erfolgte, weil der Kläger eine ausgesprochene Wahrheit in dem Organe „Die Einigkeit“ wider besseres Wissen als eine elende Verleumdung bezeichnet habe; die Beklagten wurden ebenfalls zu 15 Mark wegen formaler Verleumdung verurteilt. Wenn auch der diesen gemeinen Nebenstreich Begangene aus seiner Lokalforganisation nachher ausgeschlossen wurde, so ist die Tat damit umweniger aus der Welt geschafft, als gar nicht feststeht, ob nicht wirklich „mehrere unorganisierte Maurer“ ihrem Vorsitzenden anregend und helfend zur

Seite gestanden haben. Auf die bei den Vorbereitungen und dem Abschlusse der Tarife bei den Maurern, Töpfern und Malern in Berlin von den Lokalfisten bewiesene Klassenbenützung, „Solidarität“ brauchen wir nicht näher einzugehen, weil diese Vorommnisse noch genügend bekannt sind. Nur über eine heitere Begleitercheinung der Sonderbündelei noch ein paar Worte. Die Berliner Maler haben in der Gewerkschaft der Maler auch so ein antipodisches Gebilde, dessen Tätigkeit aus Maulaufreißen und Berratschreden, aus Betonen des Kampfpunktes und Rückenangriffen gegen die eignen Berufsgenossen besteht. Das dieses edle Häuflein umschlingende Band der Eintracht und wahren Solidarität erwies sich aber trotz der trefflichen Seelengemeinschaft nach verhältnismäßig kurzer Zeit als arg gelockert, denn eines schönen Tages wurde gleich nebenan ein neuer Laden aufgemacht, welche Konkurrenzgründung sich dann die Föderierten nannte. Dieses von den Lokalfisten abgeforderte Fährlein leistet sich im Beschimpfen und Befehlen der bis dato eng kisterten Brüder um Keiser natürlich auch wieder Großartiges. Von den ehemaligen Bundesgenossen wird sogar als von der sozialdemokratischen Gewerkschaft der Maler Berlins gesprochen; ob das für gut befunden wird, weil der Leiter der Föderierten in einer öffentlichen Malerverammlung als Folgeipfel bezeichnet wurde, ohne daß der also betitelte eine Entgegnung dafür hatte, wissen wir nicht, ist auch egal, denn oberhalb ist die Sache auf alle Fälle. Wir wollen mit diesen reizvollen Einblicken in das lokalistische Getriebe eben nur zeigen, wie zum Teile die im Vorwärts vor dem Mundtotmachen und Anbiederndrücken so liebevoll bewahrten, über die Organisationsform noch anders denkenden Parteigenossen bei Licht betrachtet sich in ihrer gewerkschaftlichen Betätigung ausnehmen. Die nötigen Schlüsse überlassen wir getroßt unsern Lesern.

Nur bedauerlicher Streit wäre der Weberstreik in Meerane und anderen Orten und der der Seeleute in Marseille zu erwähnen. Bekanntlich hat die Bewegung der Weber ihrer langen Dauer wegen zu einem Appell an die übrigen Gewerkschaften geführt, welcher Aufforderung wohl auch zahlreich entsprochen werden wird, denn es sind rund 2000 Personen ausständig, welche 1300 Kinder zu ernähren haben. Lehrscheid ist dieser Kampf insofern, als bei dem fast gänzlichen Mangel an Streikbrechern — es sollen derer nur 32 arbeiten — ein baldiges Nachgeben der Fabrikanten doch erwartet werden müßte. Man sieht aber wieder, daß auch zugrätliche Schlagworte, in diesem Falle das alte: „Alle Mäder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, in der Zeit der Massen- und Leberproduktion ihren Nimbus verlieren. Bei dem Leberarbeitersausstande in Wilsler vor drei Jahren hat sich das schon ebenso eklatant gezeigt; dieser Kampf ging schließlich verloren, trotzdem in 25 Wochen von 661 Ausständigen nur zehn ganze Mann umgefallen waren. — Der verpöhlteste Ausstand der Seeleute in Marseille hat die französischen Arbeiter wieder in ihrem anscheinend unheilbaren Wahne vom „befreien Generalstreik“ gezeigt. Ohne irgend welche Sehre aus den knapp berendeten Bergarbeiterausständen zu ziehen, wird in dem alten Unsinne fortgewurft: die Schiedsgerichtsvorschläge der Regierung und der Schiffskompanien werden reifisiert, dagegen die eigentlichen Forderungen der Organisation fallen gelassen, „um nur noch für die vollständige Befreiung der Arbeiter zu kämpfen“, um sich „mit sämtlichen Verufen zusammenzuschließen für den Generalstreik und die soziale Revolution“. Man trieb das gefährliche Spiel sogar soweit, einer von nationalstischer Seite vorgelegten Resolution zuzustimmen, in der es u. a. heißt: „Das Komitee ladet die französischen Revolutionäre ein, sich mit Waffen und Munition zu versehen und ermunterungslos jedermann niederzuschießen, der im Momente der revolutionären Aktion erschlagen wird“. Daß solcher „Generalunsinn“ die Regierung alle ihre Machtmittel aufbieten läßt, ist nicht zu verwundern, auch das resultatlose Auslaufen solcher Putzke nicht, zu verwundern bleibt eben nur, daß die französische Arbeiterschaft absolut nicht zur Vernunft kommt trotz der überaus schlechten Erfahrungen mit dem Alhelfmittel Generalstreik, trotz der vielen dabei erlebten Überlässe.

Mit dem Einberufen zahlreicher Verbandstage und Generalversammlungen vollzog sich im weiteren eine alljährlich um diese Zeit gewohnte Erscheinung. Der Arbeitsmarkt hat im November durch den so früh und gleich so heftig eingetretenen Frost eine merkliche Verschlechterung erfahren. Waren im Oktober für 100 offene Stellen 213,2 männliche Arbeitssuchende vorhanden, so im November 292,8; die weiblichen Angebote bezifferten sich im Oktober auf 104,2, im November auf 114,2, das Gesamtangebot stieg also von 174,3 auf 225,8. Nach der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ hat im November in 70 Nachweisen der Anbrang zu- und an 14 abgenommen. Gegen November 1901 ist aber immerhin der Zugang um 22 Studierende für 100 offene Stellen zurückgegangen. Das Baugewerbe und die Schifffahrt, sonst um diese Zeit noch in Tätigkeit, wurden durch die Kälte zu vollständigem Stillstande gezwungen. In den Maschinenfabriken, der Kleinfabrikindustrie und in der Elektrizitätsbranche hat die Entlassung von Arbeitern wegen mangelnder Aufträge noch angehalten. Auf den Kohlenbergbau hat das starke Frostwetter natürlich günstig eingewirkt, während eine ganze Anzahl von Bergbetrieben wieder vom Weihnachtsgeschäft profitierten; auch aus der Textilindustrie lauten die Meldungen einigermaßen befriedigend. Das Ausland zeigt dagegen eine erhebliche Verschlechterung. In England betrug die Zahl der im

November Arbeitslosen 4,8 Proz. gegen 3,8 Proz. im Jahre 1901. Als letzte Rettung nahmen viele Arbeitslose Dienste im Heere an, Sammlungen für die Arbeitslosen finden in allen größeren Städten statt. Frankreich zeigt gar ein Zunehmen gegen den November 1901 von 8 auf 9 Proz. In Dänemark wirken viele geschäftliche Zusammenbrüche recht lägnend auf die Erwerbsgelegenheit und in Oesterreich-Ungarn leiden eine ganze Reihe von Industrien an Absatzmangel, die Arbeiter dadurch wieder an Beschäftigung.

Die Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen mit paritätischer Verwaltung hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe in Städten von 10000 Einwohnern an angeordnet. Der von uns anfangs 1902 eingehend behandelte Antrag Pachtmeister sollte zum großen Entsetzen der Arbeitgeber-Zeitungen und deren Interessenkreise also Verwirklichung finden und zwar soll ihre Gestaltung die volle Unparteilichkeit der Vermittlungsstelle gewährleisten. Auch sollen zum Ausgleich von Ueberfluß und Mangel diese Arbeitsnachweise „mit den übrigen an demselben Orte bestehenden, nicht gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstellen, insbesondere den Facharbeitsnachweisen der Arbeitgeber und Arbeiter in untunlich enge Fühlung treten“, ferner soll „erforderlichenfalls“ der Einfluß der beteiligten Kreise auf die Verwaltung und Beaufsichtigung durch Bildung eines sich aus der gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzenden Ausschusses mit einem unparteilichen Vorsitzenden an der Spitze erreicht werden. Wenn das Wort „erforderlichenfalls“ getroffen und dafür das Bestimmende „soll“ allein gilt, dann kann man ohne Gewissensbisse diesen nicht zu unterschätzenden Fortschritt nur mit den besten Wünschen zum Gelingen begreifen.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung hat in dem Vorsteher des Statistischen Amtes der Stadt Zürich einen neuen Löser gefunden, ob einen glücklichen, möchten wir bezweifeln. Dr. Thomann erblickt nämlich in der Arbeitslosigkeit einen wirtschaftlichen Unfall, für den der Unternehmer wie bei einem wirklichen Berufsunfall haftbar gemacht werden müsse. Man könnte diesen Grundgedanken wohl gelten lassen, von seiner Übertragung in die Praxis werden aber sowohl der Arbeitgeber wegen des Kostenpunktes als auch der Arbeiter wegen der den Unfallberufsgenossenschaften nachzubildenden Organisationsform gern Abstand nehmen; legen wir daher dieses Projekt zu den übrigen.

Bei uns Buchdruckern ward in der Berichtsperiode immer noch um die Lösung der sozialen Frage gekämpft, die bereits in unserer letzten Uebersicht als begonnene gemeinliche Diskussion über buchdruckerliche Zeit- und Streitfragen fand nämlich eine quantitativ recht erziehbige Fortsetzung. Im weiteren verzeichnen wir noch mit Benützung die vom Typographen über den Fall Daß durch unsere Provokationen wiedergekommene Sprache; es machte zwar Anstrengungen, aber was zum Vordröhne kam genigte minderbefähigt. Der neuesten großen Aktion gegen den Corr. haben wir schon eingangs ausführlich gedacht. Der Geschäftsgang in den Dr. derenien zeigte in den Zeitungsbetrieben das vor Weihnachten gewohnte Bild reger Tätigkeit; blieben die Einstellungen trotzdem hinter den Erwartungen zurück, so tragen die Sejmashinen ausschließlich dazu bei. Im Accidenzgeschäft wird allenthalben von einer um diese Zeit ungewohnten Stille berichtet. Da in nicht wenigen Orten die Abreißzeit nun auch vorüber, so nehmen die Entlassungen schon wieder bedenklich zu. Von Berlin wird schon über Abflauen des Geschäfts berichtet, in Stuttgart liegt der Wertdruck sehr danieder, neben den vielen Arbeitslosen macht sich auch ein hoher Krankenstand infolge Influenza bemerkbar. München und Nürnberg berichten über einigermaßen besriedigende Verhältnisse, Braunschweig, Dresden und Düsseldorf noch in höherem Maße. Unter den obwaltenden Umständen zufriedenstellend lauten auch die Nachrichten aus Breslau, Hamburg-Altona, Magdeburg und Erfurt. Leipzig wies anfangs Dezember 3400 arbeitende und 200 fonditionslose Gehilfen auf. In Frankfurt a. M. waren bei 1200 Buchdruckern und Siehern nicht weniger als 120 Mann arbeitslos, auch aus dem südwestlichen Deutschland kamen nicht besonders günstige Nachrichten.

Den Vergleuten des Ruhrbeckens brachte die erste Dezemberhälfte eine Kette von aufregenden Vorgängen, die ihre Wirkungen natürlich auf alle deutschen Bergarbeiter übertragen. Die Reichstagswahlen können in anderen Gegenden nicht größere Aufregung hervorrufen, als es die Wahlen zu den Berggewerbegerichten in diesem Distrikte der Organisationszerpflitterungen getan. Von der Kangel herab wetteten die Geilside gegen die Kandidaten des „alten“ Verbandes und Geilside zogen von Haus zu Haus, um für die Gewerkevereins- und Zechenkandidaten Stimmung zu machen. Erfreulicherweise entspricht das Resultat nicht diesen „selbstlosen“ Bemühungen, denn von 104 zu vergebenden Sigen eroberte der Bergarbeiterverband 56, der christliche Gewerkeverein 23, der Polenderein 1, Gewerkeverein und Zechenpartei gemeinsam 8 und die Zechenpartei allein 9 Sige. Schlecht abgeschnitten hat der Verband jedoch in den Revieren Welfenkirchen, Schalte und Umgegend. Die Wahlbeteiligung war im ganzen genommen eine sehr starke. Selbstredend fand auch die Krupp-Affaire eine durchaus nicht einwandfreie Fruktifizierung. — In Bayern ist in dem Verbanne der Arbeiter in den Berg-, Pitten- und Salinenverbanne des bayerischen Staates schon wieder eine kleine Sonderorganisation erstanden.

Der oder die Gründer werden über kurz oder lang aber von der Schädlichkeit und dem Verfehlen jeder Aufspaltung oder Neugründung ebenso überzeugt werden als es in letzter Zeit sich erst wieder bei den Porzellanarbeitern in Almenau gezeigt, von dem Beispiele bei uns Buchdruckern ganz abgesehen. Dort haben nämlich die letzten Trümmer eines aufgelierten Lokalvereins wieder in den Fäden des einst so geschmähten Verbandes treiben wollen, ohne den üblichen Eingangsbeitrag zu entrichten. Der Verbandsvorstand gewährt jedoch drei früheren Mitgliedern nur die Möglichkeit des Eintrittes als neue Mitglieder, über ein viertes wurde aber eine dreijährige Straffenzwang verhängt, welche abzuführen nur bei vorzüglicher Haltung des Betreffenden in seiner Zahlstelle möglich ist.

Der nationale Vertrauensmann der deutschen Glasarbeiter, Nebakteur und Reichstagsabgeordneter Georg Horn, erhielt einen Aufruf an die Berufsgenossen aller Länder, in welchem Einrichtungen zur bessern Orientierung über den Arbeitsmarkt in Vorschlag gebracht werden. Danach soll an jedem Orte mit Glasindustrie ein lokaler Vertrauensmann ernannt werden, welcher der nationalen Vertrauensperson regelmäßig Berichte über die Geschäftslage und die Arbeitsverhältnisse, über ausgebrochene Differenzen aber sofort Mitteilung geben soll. Der nationale Vertrauensmann hat dann in monatlichen Zwischenräumen alles Nötige zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und auch den ausländischen Korporationen entsprechende Benachrichtigung zugehen zu lassen. Zweck dieser ständigen Berichterstattung scheint vor allen Dingen die Befreiung der durch Arbeitsaufnahme nach dem Auslande in den letzten Jahren entstandenen vielen Unzulänglichkeiten zu sein; ein Vorhaben, welches gewiß zu begrüßen, dessen Schwierigkeiten aber anderseits nicht zu unterschätzen sind.

Nachdem in dem Verbandsvorstand der Metallarbeiter bereits eine zeitlang die Erörterungen über einen einzuführenden Krankenzuschuß gepflogen, ist mit einmahl der Hauptvorstand mit einem umfangreichen Projekte zur Erweiterung des Unterstützungsweises auf den Plan getreten, jedenfalls zur größten Lebensfreude derjenigen Mitglieder, welche in der Metallarbeiter-Zeitung schon über mehr oder weniger festes prinzipielles Bandhaken in die Frage geklagt hatten. Abgesehen davon, daß der Vorstand mit der Ausarbeitung einer ähnlichen Vorlage betraut war, betont derselbe an der Hand der mit dem Extra- bzw. Notunterstützungen gemachten trübten Erfahrungen und unabweislichen Ungerechtigkeiten die Notwendigkeit einer Erweiterung des Unterstützungsweises. Die Einführung eines Krankenzuschusses bedeute überhaupt für den Verband die Vermehrung seiner Kampfmittel! Es heißt dann weiter in den sehr ausführlichen Begründungen: „Daß er — der Verband — hierbei gegen gewerkschaftliche Grundsätze verstößt, wird seitens des Vorstandes entschieden in Abrede gestellt und kann überhaupt im Ernste nur von einem Ignoranten behauptet werden.“ Aber der Vorstand des Metallarbeiterverbandes begnügt sich nicht mit dem äußerst detaillierten Nachweise der Möglichkeit des Krankenzuschusses, sondern packt aus seinem großen Wehgeschicks auch noch andere schöne Gaben aus, als da sind: Einführung eines Sterbegeldes, Einführung von Umzugsgeldern und bessere Regelung der Unterstützung an Gemahlsregelungen und Streikende. Als Gegenleistung für diese reichlichen Präzente verlangt er die Erhöhung des Wochenbeitrages von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 10 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Kranken-Unterstützung ist so gedacht, daß sie für männliche Mitglieder wöchentlich 6 Mk., für weibliche 3 Mk. beträgt. Nach neunjähriger Mitgliedschaft steigt die Bezugsdauer dieser Unterstützung bis zu 13 Wochen, während sie bei einjähriger Mitgliedschaft nur für 9 Wochen bezahlt wird. Das Sterbegeld ist mit 30 Mk. festgesetzt und soll von Jahr zu Jahr um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 100 Mk. steigen. Die Umzugskosten können an arbeitslos gewordene Mitglieder schon nach einjähriger Mitgliedschaft mit 20 Mk. bezahlt werden, wenn die Entfernung mindestens 30 Kilometer beträgt. Sie steigern sich analog des Sterbegeldes um jährlich 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 40 Mk. Die Unterstützung bei Maßregelung und Streiks soll dahin umgeändert werden, daß nach einer Karenzzeit von 26 Wochen an verheiratete männliche Mitglieder 14 Mk., weibliche 7 Mk. bezahlt werden sollen; für die ledigen Mitglieder sind für männliche 12 Mk., für weibliche 6 Mk. in Aussicht genommen. Außerdem sollen männliche wie weibliche Mitglieder für jedes ihrer Firzwochen unterstehende Kind pro Woche 1 Mk. erhalten. Dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes, welcher ja schon bei Einreichung der Vorlagen für die Arbeitslosenversicherung und die Anstellungs- und Pensionsbedingungen seiner Verbandsbeamten eine ebenso weitreichende Taktik wie Unerschrockenheit in der Ueberwindung der vielen entgegenstehenden Schwierigkeiten bekundete, gebührt auch für diesen Schritt, der eine Tat bedeutet, ein kräftiges Bravo! Zwischen dem Verbands der Mühlenarbeiter und dem sächsischen Zweigverbande der Mühlenbesitzer sind die Verhandlungen zwecks Errichtung gemeinschaftlicher Arbeitsnachweise in mehreren größeren Städten Sachsens mit befriedigenden Resultaten zu Ende geführt. — In der Mühlen-Zeitung fanden wir kürzlich folgende Notiz: „Keinem einzigen politisch organisierten Mühlenarbeiter weist die jüngst veröffentlichte Mitgliederliste des sozialdemokratischen Vereins im zweiten Berliner Wahlkreise auf! Wie kommt das?“ Wenn solche Untersuchungen in der Gewerkschaftspresse gang und gäbe werden sollten,

dann braucht man sich über das ewige Gefäß der Industriellenorgane nicht zu wundern, die bekanntlich den Gewerkschaften mit Gewalt ein parteipolitisches Gepräge geben wollen. In unseren gewerkschaftlichen Organisationen soll doch Platz für alle Konfessionen und alle politischen Ueberzeugungen sein, ein derartiges Kontrollsystem widerpricht aber dem Standpunkte der Neutralität. Der sozialdemokratische Abgeordnete Peus vertrat vor vier Monaten in einer Brauerverammlung in Dessau einen weit vorerferten Standpunkt, als er für strengste Neutralität der Gewerkschaften eintrat und u. a. ausführte: Jede Organisation müsse sich streng im Rahmen ihrer Zwecke halten. Von der Sozialdemokratie dürfe in der Gewerkschaft nur so weit die Rede sein, als sie angeführt werden könne als eine Partei, welche die Gewerkschaftspolitik zu fördern immer bereit wäre. Nach Peus wäre im vorliegenden Falle also eine Verletzung der Neutralität zu konstatieren, was wir hier nur anführen wollen, damit den Scharfmachermühlen nicht unnötigerweise Wasser zugeführt wird.

Auf Anregung der Berliner Agitationskommission des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter wurden vom nunmehr beinahe zwei Jahren Verhandlungen mit dem Vereine der Brauereien von Berlin und Umgebung eingeleitet, welche die Schaffung von Bestimmungen über den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezweckten. Nach vielem Hin und Her und mancherlei Zwischenfällen — u. a. wollten die Arbeitgeber wegen der nichtoffiziellen Zulassung des Brauerbundes im Einigungsamte die Verhandlungen scheitern lassen — ist dann Mitte November die Vereinbarung über den § 616 zu Stande gekommen und zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, zur Schlichtung von Streitigkeiten und zur Prüfung und Erledigung von Beschwerden ein Einigungsamt eingesetzt worden. Kontrahenten dieser bedeutsamen Vereinbarungen sind von Arbeitnehmerseite die Sektionen I und II des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, der Bierbrauer-Gesellensvereine zu Berlin und der Zentralverein deutscher Böttcher; ihre Gültigkeit datiert vom 1. Januar 1903 und kann von jeder der vier Vereinigungen mit einer Frist von drei Monaten aufgekündigt werden. Zum § 616 sind in sieben Paragraphen ergänzende und erläuternde Bestimmungen geschaffen, aus welchen wir als hauptsächlichste erwähnen: Erkrankte Arbeiter erhalten bis zu einer Beschäftigungsdauer von einem halben Jahre den ihnen zustehenden Lohn für drei Tage, bei halbjähriger Dienstdauer für vier Wochen, bei einjähriger für 13 und bei dreijähriger für 26 Wochen. In den Fällen, daß die betreffenden Krankenkassen ihre Unterstützungsdauer auf weniger als 26 Wochen festsetzen, endet auch die Fortzahlung des Lohnes mit Ablauf dieses geringeren Zeitraumes. Unter allen Umständen müssen sich jedoch die Arbeiter auf diese ihnen fortzuzahlenden Lohnbezüge die aus der Krankenversicherung ihnen zustehenden Beträge anrechnen lassen, desgleichen den nach dem Unfallversicherungsgeetze zu gewährenden Zuschuß; die Arbeitgeber werden also in Wirklichkeit die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn auf die jeweilig sich ergebende Dauer zahlen. Bei militärischen Uebungen bis zu 14 Tagen wird der Lohn für drei Tage fortbezahlt, bei solchen bis zu acht Wochen Dauer werden den verheirateten Leuten drei Viertel, den unverheirateten zwei Drittel des zustehenden Lohnes vergütet; die militärische Familien-Unterstützung kommt dabei nicht in Anrechnung. Bei sonstigen Verbindungen bis zur Dauer eines Tages wird ein Lohnabzug nicht gemacht, vorausgesetzt, daß der Arbeiter nicht anderweitig Entschädigung für den gegebenen Zeitverlust erhält. Bei über einen Tag hinauswährenden Verbindungen wird der Lohn für höchstens drei Tage fortgezahlt. Als solche glaubhaft nachzuweisende oder in vorauszuweisenden Fällen schon vorher angezeigte Verbindungen gelten: Verkehrshindernisse, Zugverspätungen, Teilnahme an Kontrollversammlungen oder öffentlichen Wahlen, Ausübung des Amtes als Richter eines Gewerbegerichtes, eines Schiedsgerichtes oder dergleichen; Wahrnehmung gerichtlicher oder polizeilicher Termine, bei welchen das persönliche Erscheinen unumgänglich ist; plötzlicher Todes- oder schwerer Erkrankungsfall eines dem Hausstande angehörenden Familienmitgliedes. Während der Kündigungszeit eintretende Verbindungen werden nicht vergütet, Urlaubsfälle auch nur dann, wenn dies ausdrücklich bei der Bewilligung zugesagt ist. Bei auf Grund der ziemlich weitgehenden Bestimmungen des § 123 der Gewerbeordnung sowie aus dem Absätze a des § 124 erfolgenden plötzlichen Entlassungen hört ebenfalls jede weitere Vergütung und Lohnzahlung auf, wie denn auch andere Ansprüche aus dem § 616 nicht hergeleitet werden können. Die getroffenen Bestimmungen für das Einigungsamt halten sich etwa in dem Rahmen der Bestimmungen für die Zusammenfassung und Tätigkeit unersetzlicher Ausschüsse und unersetzlicher Schiedsgerichte. Erwähnenswert wäre daher nur der Passus, wonach die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung ebenso einen Grund zur Entlassung von Arbeitnehmern geben kann wie die Tätigkeit oder Agitation für eine der vorgezeichneten Organisationen außerhalb des Betriebes, es sei denn, daß sich der betreffende Arbeitnehmer dabei einer Verhöhnung oder Beleidigung seines Arbeitgebers bzw. derjenigen Vorgesetzten, welche zur Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern berechtigt sind, oder einer absichtlichen Schädigung der geschäftlichen Interessen seines Arbeitgebers schuldig gemacht hat. Diese Bestimmung kann trotz ihres wohlwollenden Charakters und der in ihr enthaltenen Selbstverständlichkeiten jedoch eine recht dehnbare Anwendung finden, gleich-

wie das Nichtbestehen einer Verpflichtung zur Angabe des Entlassungsgrundes für gewiegte Brauereileiter einen hübschen Ausschluß bei den eintretenden Eventualitäten des § 616 bieten kann. Doch dies zu verbinden ist Sache der Beteiligten selbst, denen hierfür ja noch diverse Bestimmungen der Vereinbarungen zur Seite stehen. Alles in allem genommen bedeuten diese Vorhaben zweifelsohne einen ganz erheblichen Fortschritt, auf welchen die Berliner Brauereiarbeiter stolz sein können, wie denn überhaupt deren Arbeitsbedingungen schon durch den sich trefflich bewährenden gemeinsamen Arbeitsnachweis vorteilhaftest bekannt sind. Gerechtigkeit muß aber zugestanden werden, daß ein derartig befriedigender Stand der Arbeitsverhältnisse nur erreicht werden kann bei genügend starkem sozialem Empfinden der Unternehmer, welches zu wecken und zu wahren der Generaldirektor Koeside seit langem eifrig bemüht ist.

Da vom Vorstande des Tabakarbeiter-Verbandes in der Vereinigungsfrage angebotene Verhandlungen von der Leitung der Zentralkrankenkasse keine Folge gegeben wurde, bringt die Nr. 51 des Tabakarbeiter-Verbandes detaillierte Vorschläge für eine Kranken-, Wäscherinnen- und Hinterbliebenen-Unterstützung; selbstverständlich hätten die Beiträge eine entsprechende Erhöhung erfahren. Wir sind der Ansicht, daß durch den Ausbau des Unterstützungsweises in der Organisation die Zentralkrankenkasse bald überflüssig werden wird.

In dem Kampfe der Berliner Holzarbeiter ist nach langer Dauer nun eine Wendung eingetreten. Abgebrochen ist er allerdings von den Holzarbeitern, bei denen die Besessenen haben aber die Unternehmer nachgegeben, denn die Verpflichtung für die Arbeitgeber zur unbedingten Benutzung des Zimmungs-Arbeitsnachweises und zum Vorzeigen des Entlassungsscheines seitens der Arbeiter ist von der Zunft mittels Schreibens vom 26. November offiziell aufgehoben worden. Gegen diese beiden Bestimmungen richtete sich ausschließlich aber der Abwehrkampf der Holzarbeiter, der außer dem großen Streik im Jahre 1900 nicht seinesgleichen hat, sind doch über 200.000 Mk. dafür geopfert. Die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises in der Berliner Holzindustrie ist also definitiv abgelehnt, der freiwillige Arbeitsnachweis der Zunft bleibt aber auch als solcher gepeert für die Arbeitlichen. Um die unabweislichen Opfer dieser neuen Maßregel vor Not und Elend schützen zu können, ist die eigentlich erst im Jahre 1904 in Kraft tretende Arbeitslosen-Unterstützung schon jetzt für Berlin eingeführt worden unter Beibehaltung des erhöhten Beitrages von 60 Pf. pro Woche.

Die Handhuhmacher haben den auf einem nicht mehr ungewöhnlichen Wege erfolgten Verlust des Vorsitzenden ihres Fabrikantenverbandes zu betauern. Franz Manniger, der Don Quixote in dem Kampfe gegen den seit 33 Jahren bestehenden Handhuhmacherverband, der impulsive Schwärmer und Gründer von Gegenorganisationen und Arbeitsnachweisen für Unorganisierte, bege neben diesen seinen sonderbaren Marotten auch noch eine nicht minder große Schwärmerei für das Ewigweibliche. Manniger, dessen Arbeiter erst gehoramt um den Heiratskonsens bitten mußten, konnte schließlich diese zarten Triebe nicht mehr meistern und verschwand eines schönen Tages in Begleitung einer freundlichen Hebe aus dem Hofen der Ehe. Dem also Losgewordenen lassen die Handhuhmacher natürlich ein homerisches Gelächter nachschallen. — Unser letzter Notiz über den Handhuhmacherverband wollen wir berichtigend nachtragen, daß es sich bei Wiedereröffnung der alten Unterstützungsfrage nicht um Aufhebung vorübergehender bezugter Unterstützungen handelte, sondern um Wiederherstellung der alten Bezugsdauer, welche während der verfloffenen kritischen Periode verlängert war.

Der Deutsche Seemanns-Verband hat neben seiner Antwerpener Zählstelle nun auch eine solche in Hoboken errichtet, eine dritte in Rotterdam wird demnächst folgen.

Zu Dänemark hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion abermals zwei bemerkenswerte Entwürfe für eine staatliche Arbeitslosenversicherung eingebracht. Einmal soll die Regierung jährliche Zuschüsse bis zu 500.000 Kronen den Gewerkschaften und sonstigen Vereinen mit Arbeitslosenversicherung zuwenden, anderseits soll dieselbe zur sofortigen Verminderung des Elends denjenigen Kommunen und Armentassen, welche selbst für diesen Zweck Mittel bereit stellen, einen Betrag bis zu 25 Dore pro Kopf des betreffenden Ortes anweisen. —

Vertretern der englischen Gewerkschaften, über deren gänzlich veränderte Rechtslage wir erst demnächst ausführlicher werden können, machte Präsident Roosevelt gelegentlich deren Studienreise in Nordamerika über die dortigen Arbeitsmethoden einige artige Komplimente und meinte u. a. auch: „Es ist nutzlos, gegen die Zeitströmung, die auf Bildung von Verbänden hindrängt, anzukämpfen, es ist schlimmer als tödlich, die Trade Unions als solche zu verdammen. Man sollte das Verhalten und nicht den Verband selbst kritisieren.“ Der Chef des Arbeiterdepartements machte dagegen den Delegierten, worunter auch unser kollege Gowermann befand, den Vorwurf, die englischen Trade Unions stemmen sich gegen den industriellen Fortschritt. Die Fabrikanten verurteilen die Benutzung der neuesten Maschinen, während die Unions in bestimmten Industriezweigen die Fabrikation einschränken. Dieser von den Londoner „Times“ schon wiederholt gebrachte Tadel fand natürlich in den Delegierten entschieden Widerspruch. —

In Estingen ist eine 200 Mann beschäftigende Holzmanufaktur in eine Produktivgenossenschaft der Beamten und Arbeiter umgewandelt. Die Ar-

beiter sollen beträchtliche Summen gezeichnet haben, das Unternehmen überhaupt sicher gestellt sein.

Jedenfalls von den besten Absichten befezt ist in Schönbrunn (Böhmen) eine Produktivgenossenschaft der Bier- und Weinbauarbeiter ins Leben gerufen. Es werden Anteilscheine auf 50 Kronen lautend ausgegeben, welche in monatlichen Raten von einer Krone abzuzahlen sind. Ob aber unter diesen nicht gerade allzu hoffnungsvollen Umständen der Plan, ein Werk zu schaffen, welches einmal berufen ist, den Kriegen und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten, volle Verwirklichung finden kann und finden wird, bleibt jedenfalls zu bezweifeln.

Von der Sektion Tluge des vereinigten Schuhmacher-Verbandes ist seitdem eine genossenschaftliche Schuhfabrik in Neuseeland eröffnet worden

Magdeburg.

Willy Krahl.

Die Probe aufs Exempel.

Durch die vortrefflichen Erwidernngen verschiedener Kollegen auf den Leitartikel in Nr. 143 des Corr. erübrigte es sich wohl, noch einmal auf denselben einzugehen, wenn Kollege Mezhäuser nicht sofort nach den Erwidernngen mit einem „Nicht der Angeklagte schuldig“ teilten Artikel auf der Bildfläche erschienen wäre. Hier verjucht derselbe mit einer Leidenbitterniene die Kollegen zu „überzeugen“, daß er in der besten Absicht gehandelt habe, daß es ihm „durchaus ferngelegen habe, der Breskauer Kaiserrede Succurs zu leisten“, und daß er durch die Erwidernngen der sozialdemokratischen Presse „angegriffen“ sei. Dann erzählt er in einem Atemzuge und immerfort von seiner Tätigkeit als Redakteur für den Verband und für die allgemeine Arbeiterzeitung. Aber, Herr Mezhäuser, mit solchen Artikeln in einem Arbeiterblatte, und dazu im Blatte der „Pioniere der Arbeiter“, kann man den Arbeitern recht wenig nützen, im Gegenteil, sogar sehr schaden. Daß durch Ihre Schreibweise der Verband in Mißkredit kommen kann, scheint Ihnen fürchtbar gleichgültig zu sein, wenn Sie nur ab und zu ihrer Gehässigkeit gegen die Partei, der Sie selber früher angehört haben, Ausdruck verleihen können.

Mezhäuser gesteht zu, daß in dem Vorwurfe, der Artikel wäre zur unrechten Zeit erschienen, ein „gewisser Kern von Berechtigung“ sei. Gleich nachher kommt er wieder und meint, die Kollegen möchten ihm mitteilen, wann sie den Zeitpunkt für gekommen halten, einen derartigen Artikel zu veröffentlichen. Ja, Kollege Mezhäuser, wenn Sie die Kollegenschaft erst fragen würden, dann — na, dann blieben eben solche Artikel im Zintenfass, was für den Verband bedeutend besser wäre. Wenn Sie die Absicht haben, für Ihre Ideen, betr. der reinen Arbeitervertreter, an die Sie wohl vorläufig selbst noch nicht glauben, Propaganda zu machen, dann mögen Sie das oben in Versammlungen oder in privaten Kreisen tun, aber lassen Sie doch unser Fachblatt mit derartigem verschönten.

Daß die sozialdemokratische Presse auf diesen Artikel antworten würde, wußte Mezhäuser und war auch seine Absicht, daß er aber jetzt dazu übergeht, Sachen auszukramen, die schon lange vergessen sein sollten, kennzeichnet die Kampfesweise unsers Corr.-Redakteurs.

Durch das Motto: „In unsrer Parteibewegung gilt es sogar als heiliges Menschenrecht, seine Meinung ungeschminkt zu sagen“, kann uns Mezhäuser nicht davon überzeugen, daß er berechtigt war, einen derartigen Artikel zu schreiben. Wenn dasselbe Anwendung finden soll, so kann es sich doch nur auf die beziehen, die auch tatsächlich Mitglied der Partei sind.

Nun kommt Mezhäuser zu dem Resümee, daß es bisher keinem Kollegen eingefallen sei, seinen Artikel sachlich zu behandeln, vielmehr nach Aufforderung der sozialdemokratischen Presse über ihn hergefallen sei.

Es soll nun einmal hier versucht werden, die Kollegen über die Sache aufzuklären, wie sie sich bei den Düsseldorf Stadtwahlkreisen-Wahlen tatsächlich abgespielt hat und alles richtig zu stellen, was richtig gestellt werden muß.

Einige Monate vor der Wahl, die am 6. und 7. November stattfand, sollte in einer Holzarbeiterversammlung angeregt worden sein, daß sich die Gewerkschaften diesmal an der Wahl beteiligten. Hier handelt es sich um einen Hirsch-Dunderschen Gewerksverein, was der Einsender des Materials zu dem Artikel, der in Arbeiterkreisen sehr wohl bekannte Herr Erkelenz, Redakteur des Gewerksvereinsboten wohlweislich verschwiegen hat.

Als Teilnehmer an der Sitzung, in welcher das Kompromiß zu stande kam, muß ich hier zunächst feststellen, daß nicht nur die Mitglieder des Komitees, sondern auch die Vorstände der Gewerkschaften und der Gewerksvereine, sowie der Wahlkreis-Vertrauensmann und der Vorsitzende des Volksvereins an dieser Sitzung teilnahmen. Gleich zu Anfang der Sitzung gaben der Kreisvertrauensmann sowohl wie der Vorsitzende des Volksvereins die Erklärung ab, daß sie sich diesmal an der Wahl nicht offiziell beteiligen würden. Zu dem Kompromiß mit den Gewerksvereinen äußerten sie sich zustimmend, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Kandidaten der Gewerksvereine auf dem Boden des auf dem letzten Parteitag von Dr. Lindemann aufgestellten Programms stehen.

Sodann kommt Kollege Mezhäuser zu den Kandidaten der freien Gewerkschaften und bemängelt die Aufstellung des

berzeitigen Verwalters des hiesigen Gewerkschaftshauses, „infolge gewisser örtlicher Verhältnisse“. Daß es für Herrn Erkelenz ein dankbarer Stoff war, nach der Wahl aus diesen „örtlichen Verhältnissen“ Kapital zu schlagen, nimmt uns nicht wunder. Bemerkenswert aber hier werden, daß es nach unsrer allerdings unmaßgeblichen Meinung Pflicht des Herrn Erkelenz gewesen wäre, als Mitglied der Wahlkommission gegen diese Kandidaten zu protestieren. Aber nichts von alledem geschah.

Was nun die Stichwahl als solche anbelangt, so muß bemerkt werden, daß, wenn man derartige Zustände, wie sie kurz vor derselben in den Vordergrund traten, vorausgesehen hätte, das Kompromiß nicht zu stande gekommen wäre.

Kollege Mezhäuser sucht dann nachzuweisen, wie es gekommen sei, daß der als Sozialdemokrat bekannte Holzarbeiter Erbert bei der Stichwahl weniger Stimmen erhielt als bei der Hauptwahl, wohingegen der Gewerksvereiner einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte. Wenn ein Beweis auf so schlechten Füßen steht, wie der von Mezhäuser angeführte, so sollte man doch lieber derartige Schreibereien unterlassen und sie nicht als Tatsache hinstellen. Die Sache ist wesentlich anders. Kurz vor der Stichwahl wurde in einer Versammlung des sog. Mißmachs, bestehend aus Konservativen und Liberalen, die Parole ausgegeben, für den Kandidaten der Gewerksvereine zu stimmen und Propaganda zu machen, in dessen für den zweiten Kandidaten der vereinigten Wahlkommission nicht einzutreten, „weil er Sozialdemokrat sei“. Der Mißmach verfügte über eine Stimmenzahl von über 500 und ist es daher leicht erklärlich, auf welche Weise der Gewerksvereiner Ziegler den Stimmenzuwachs erhielt. Was nun das Minus bei dem Gewerkschaftler anbelangt, so kann man behaupten, daß dieser Verlust an Stimmen darauf zurückzuführen ist, daß bei der Stichwahl die Gewerksvereiner nur ihrem Kandidaten ihre Stimme gaben. So liegen also die tatsächlichen Verhältnisse —

Un unsr Verbandsmitgliedern wird und muß es nun liegen, daß derartige Quertreibereien Mezhäusers aus unsrer Organe verschwinden und daß das Versprechen, welches er auf der Generalversammlung gegeben hat, auch wirklich gehalten wird, damit nicht wieder Zustände eintreten, wie sie seit 1896 gang und gäbe waren.

Düsseldorf.

H. B.

Der neue Messias.

Unter dem Tosen eines heftigen Kampfes um die Volksinteressen ist das alte Jahr zu Grabe gegangen und schwere Entscheidungen auf diesem Gebiete stehen noch bevor. Die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter sieht zwar besorgt, aber mit ungeteiltm Mute den kommenden Zeiten entgegen, und zu dieser Mehrzahl stellen die in den freien Gewerkschaften vereinigten Arbeiter wohl das bedeutendste Kontingent. Während nun bisher die Gewerkschaften als solche im Prinzip mit Fragen der hohen Politik sich nicht befassen, soll es von jetzt ab anders werden im Deutschen Reiche, denn ein neuer Messias ist erschienen, zum Heil des gesamten Proletariats!

Die meisten deutschen Arbeiter lebten bis heute in der utopischen Meinung, daß ihre Interessen einzig und allein von der Sozialdemokratie voll und aufrichtig vertreten würden. Sie müssen sich jetzt aber mit Beschämung sagen lassen, daß ihre Meinung eine irrige war, und zwar hören sie es von Herrn Mezhäuser, dem Redakteur des Corr., Organ der „Pioniere“ der deutschen Arbeiterzeitung. — Und wahrlich, einen bessern Bekünder der neuen Selbstbotschaft als diesen Pionier, der schon erstaunliche Proben seiner Fähigkeit zum Unterminieren des — eignen Lagers abgelegt hat, kann man sich wohl nicht denken!

Die ersten Anfänge der reformerischen Tätigkeit des Kollegen Mezhäuser machten sich bezeichnenderweise mit dem Zeitpunkte bemerkbar, da er von der Leipziger Gruppe der f.-d. Partei auf die frivoleste Art ausgeschlossen wurde. Daß er hierüber empört war, wird jeder objektiv Denkende begreiflich finden, nicht aber, daß er aus Haß wegen der Maßregelung die, wie schon gesagt, von einer Gruppe ausging, die ganze Partei und ihr Programm in Grund und Boden donnerte. Auch das von R zitierte „ernste geistige Ringen“ ist nur ein Schleier, der das wahre Motiv, den gekränkten Ehrgeiz, nur dürrig verdeckt.

Betrachten wir nun das Programm der Mezhäuserschen Politik unter Zugrundelegung der Düsseldorfser Forderungen, so fällt sofort die verblüffende Neulichtigkeit dieser Forderungen mit denjenigen der Sozialdemokratie ins Auge: es wäre also gar nicht notwendig, eine Trennung herbeizuführen. Allein, so orakelt Kollege R., „einem selbständigen Vorgehen der Gewerkschaften auf politischem Gebiete wird weit eher die Unterstützung aus anderen Kreisen zu teil werden, als dies bei Parteikandidaturen der Fall sein kann“. Er vergißt dabei, daß auch die minimalsten Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern sofort als „sozialdemokratisch“ verschrien werden und daß sogar der Corr., der doch gewiß nicht sozialdemokratisch redigiert wird, in der von Zeit zu Zeit erscheinenden Zeitungs-Statistik immer noch in der Reihe der f.-d. Tendenzen verfolgenden Blätter figuriert.

Sind nun aber die von R. als erstrebenswert bezeichneten und von der f.-d. Partei teilweise schon erreichten Punkte an sich wirklich geeignet, die materielle und geistige Lage der arbeitenden Klassen nennenswert zu heben? Mit nichten!

Was speziell die Lohnforderungen der Arbeiter betrifft, so haben es bisher die Unternehmer verstanden, die ihnen

durch die abgezwungene — wohl nie großmütig bewilligte — Lohnhöhung entstandenen höheren Aufwendungen auf die Konsumenten abzuwälzen; diese wiederum halten sich ihrerseits durch Preiserhöhung ihrer Produkte schadlos, und so entzieht eine Kette von Interessenausgleichungen, die sich an der Stelle wieder zu einem Kreise schließt, wo sie durch Lohnforderungen der Arbeiter momentan gesprengt wurde. Daß hierbei der Arbeiter höchstens einen Augenblickserfolg erzielt, liegt auf der Hand, und es dürfte Kollegen R. schwer fallen, zu beweisen, daß die im Laufe der Jahrzehnte den Arbeitern zu teil gewordenen Lohnhöhungen auch nur im geringsten ihre soziale Stellung gehoben haben.

Nun unterstützt zwar auch die Sozialdemokratie die Lohnforderungen der Arbeiter, jedoch gelten dieses nie auch die von ihr in ideller Gemeinschaft mit Kollegen R. vertretenen Punkte des Düsseldorfser Programms nicht als Endziel der Partei, vielmehr sucht sie die menschliche Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem einzig gangbaren Wege zu erreichen: der Feitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese Befreiungen zu unterfließen müßte eigentlich eines jeden denkenden Arbeiters Aufgabe sein. Statt dessen sehen wir sie leider von vielen Arbeitern teils aus religiösen, teils aus Gründen des „schlichten Mannes“ bekämpft und als neue Spezies erscheint Kollege Mezhäuser mit der Botschaft von der „praktischen Gegenwartsarbeit“, mit der Lehre des Heils, welches in der Hauptfrage aus den Kompromissen mit demselben Kapitalismus kommen soll, dessen Befreiung das vornehmste Ziel der wirklich praktischen Arbeiterpolitik ist.

Nun ist es zwar jedermanns eigne Sache, seine politische Anschauung nach dieser oder jener Seite zu richten. Da aber gerade in unsrer Organisation verschiedene Anschauungen vertreten sind, so wäre es die vornehmste Pflicht unsers Redakteurs, in außerberuflichen Fragen sich der strengsten Neutralität zu befleißigen und in politischen — auch kommunalpolitischen — Fragen die Lösung den Parteien zu überlassen, in denen ja auch „die organisierten Arbeiter nicht untertreten sind“.

Leipzig.

Fow.

Mezhäusers Entgleisung.

Ungerechte Behandlung verbittert den Menschen, trübt den Blick und macht den Menschen selbst ungerecht. Weit entfernt davon, Stellung für unsern derzeitigen Corr.-Redakteur zu nehmen wegen seiner in letzter Zeit sich entwickelnden einseitigen Beurteilung der gewerkschaftlichen wie auch der politischen Bestrebungen der Arbeiter und auch wegen der oftmals allzu scharfen Polemiken gegenüber der Partei selbst, muß ich ihm doch offen meine Bewunderung aussprechen dafür, daß er ein ihm zugefügtes bitteres Unrecht, welches ihm zu Anfang der Leipziger Streitigkeiten zugefügt wurde und noch nicht gesühnt ist, so lange standhaft getragen hat: der damalige Parteigenosse Mezhäuser wurde wegen seiner Haltung gegen die Bestrebungen der Leipziger Gewerkschaftler aus der Partei hinausgeworfen! Das Kriegsbeil zwischen Verband und Gewerkschaft ist längst begraben! Aber bisher hat noch kein Kollege, der Parteigenosse ist, am allerwenigsten einer der Leipziger, welchem es in erster Linie zugekommen wäre, für nötig befunden, unsern frühern Parteigenossen Mezhäuser die Hand zu seiner Rehabilitierung zu bieten. Warum das nicht? Meine Ansicht wird wohl nicht widerlegt werden können, daß ein Sozialdemokrat gezwungenermaßen als Sozialdemokrat nicht organisiert zu sein braucht, weil er eben als Sozialdemokrat die Erringung der wirtschaftlichen Macht mit der der politischen für selbstverständlich hält — die Erringung der letztern wird ja von vielen Gewerkschaftlern für eine Utopie gehalten. — Aber ein Gewerkschaftler braucht noch lange kein Sozialdemokrat zu sein; er strebt die Verbesserung seiner Lebensstellung nur in seinem gewerkschaftlichen Machtsbereich an; trotzdem ist als Gewerkschaftler und Parteigenosse persönlich die Idee habe, daß ein solches andre gegenseitig ergänzen muß, um im Gleichgewichte der fortschreitenden politischen und gewerkschaftlichen Weltanschauung bleiben zu können. Von vornherein habe ich erklärt, daß ich nicht einverstanden bin mit der jehigen publizistischen Haltung unsers Redakteurs; ich bin aber weit davon entfernt, denselben deswegen zu verurteilen, weil ich ihm alle die Vergernisse und Kränkungen, welche ihn weitaus unverbient trafen, nachfühlen kann und man müßte mehr als menschliche Ueberwindung und Kraft haben, wenn man nicht all diesen Widerwärtigkeiten in einer oder der andern Weise erliegen sollte. Ich kenne Kollegen Mezhäuser durch seine langjährige schriftstellerische Tätigkeit und muß gestehen, daß dessen Ansichten sich mit den meinigen ziemlich deckten. Daß er in letzter Zeit entgleist ist mit seinen Ansichten, mußte seinen besondern Grund haben. Unser Mezhäuser muß wieder in sein früheres Gleichgewicht zurückgebracht werden und dazu hilft, daß die Leipziger Kollegen, welche Parteigenossen sind, denselben die Genugtuung verschaffen, auch in politischer Beziehung wieder ein offener Kämpfer werden zu können. Wiewohl nach dem Parteigrundlage einem jeden es freisteht, in die oder aus der Partei zu treten, so würde ich im Falle Mezhäusers hinsichtlich der bestehenden Dissonanzen partout unterlassen, den ersten Schritt zum Wiedereintritte in die Partei zu tun.

Kaiserslautern.

E. L.

Hierzu eine Beilage.

Korrespondenzen.

e. Gelsenkirchen. Der in Nr. 1 des Corr. enthaltene Rückblick des hiesigen Ortsvereins auf die Vorkommnisse des Jahres 1902 enthält eine Bemerkung über die größte Druckerei am Platze, die nicht der Tatsächlichkeit entspricht und eine Nichtigstellung erfordert. Es wird der Geschäftsleitung der Druckerei Münstermann darin der Vorwurf gemacht, daß sie die Schuld dafür trage, daß für Verbandsmitglieder auch im abgelaufenen Geschäftsjahre 1902 in genannter Offizin keine bleibende Stätte gewesen. Diese aus der Entlassung von Verbandsmitgliedern gezogene Schlußfolgerung hat für Nichtkenner der Verhältnisse etwas für sich, in die richtige Beleuchtung gerückt stellt sie sich aber als unhaltbar dar. Schreiber des Jahresberichtes konnte und mußte wissen, daß die am Schlusse des Jahres 1901 und zu Beginn des Jahres 1902 engagierten Kollegen — es waren etwa 12 und in der Mehrzahl Verbandsmitglieder — für die Herstellung des nur alle drei Jahre im Druck erscheinenden Abrechnungsbuches benötigt wurden. Mit Fertigstellung dieser Arbeit war auch die Entlassung dieser Kollegen nicht zu umgehen, da für die Herstellung der laufenden Arbeiten ein ständiges Personal vorhanden. Es kann doch der Verfasser des Jahresberichtes unmöglich angenommen haben, daß an Stelle der vor kurzem engagierten Kräfte ein Teil des ständigen Personals zur Entlassung gelangen würde! Bei der glatten Einführung des Tarifes am 1. Januar v. J. — es wurde hier auch keine Kompensierung der katholischen Feiertage beliebt — wurde ausdrücklich seitens der Geschäftsleitung bemerkt, daß den Gehilfen vollste Koalitionsfreiheit gesichert und Verbandsmitglieder keineswegs bei Neueinstellungen unberücksichtigt bleiben sollten. Das geschah denn auch: daß die betreffenden Kollegen auf die Dauer nicht beschäftigt werden konnten, lag, wie angeführt, in betr. Arbeit selbst begründet. Es hat sich im Laufe des ganzen Jahres kein Fall ereignet, der selbst bei allerjährlicher Beleuchtung sich als Maßregelung aus Gründen der Verbandsmitgliedschaft darstellte. Schreiber dieses, der seit 1 1/2 Jahren als B.-M. in dieser Druckerei tätig, ist bis heute noch keine abfällige Äußerung über den Verband zu Ohren gekommen. Es kann im Gegenteil mit gutem Grunde behauptet werden, daß die emittente Gewerkschaftstätigkeit des Verbandes, wie sie sich in den Abschlüssen zeigt, auch die Anerkennung des Chefs der Firma findet. Darum wäre in jedem Falle die betr. Bemerkung, aufgebaut auf Vermutungen, besser unterblieben. Sie kann gewiß nicht dazu beitragen, das durch die Tarifgemeinschaft angestrebte, gegenseitige Achtung voraussetzende Zusammenarbeiten auf tariflichen Gebieten geistlich zu fördern. Im Gegenteil schadet sie praktischer Gewerkschaftsarbeit — die uns in Rheinland-Westfalen besonders not tut — ganz bedeutend.

r. Schm.-Gumind. Die am 5. Januar abgehaltene Generalversammlung der hiesigen Mitgliedschaft, zu der die Mitglieder vollständig erschienen waren, wurde eingeleitet durch einen kurzen Rückblick des Vorsitzenden Wenzelburger auf das abgelaufene Vereinsjahr. Derselbe konstatierte, daß dieses als das schlechteste seit Bestehen der hiesigen Mitgliedschaft zu bezeichnen sei, denn an Konditionslofen, Kranken- usw. Unterstützung wurde über die Hälfte der geleisteten Beiträge ausbezahlt. Die regelmäßigen Monatsversammlungen waren im allgemeinen gut besucht. Der neue Tarif wurde hier voll und ganz anerkannt, was wohl nicht zuletzt seinen Grund in dem festen Zusammenhalten der hiesigen Mitglieder hat. Das hierauf vom Schriftführer verlesene, umfangreiche Protokoll fand die Genehmigung der Anwesenden und wurde demselben vom Vorsitzenden gedankt. Des weitern erstattete der Ortskassierer Kollege Frey den Kassierbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahlen ergaben Wiederwahl des Vorsitzenden, Ortskassierers und Schriftführers per Affirmation (Siehe Verbandsnachr.). Unter Vereinsangelegenheiten wurde u. a. auch ein Antrag zum Beschlusse erhoben, die Kartellbeiträge künftig nicht mehr aus der Ortskasse, sondern aus der eignen Tasche zu bezahlen, da anzunehmen ist, daß die Zahl der Durchreisenden in diesem Jahre zum mindesten nicht geringer sein wird als in dem abgelaufenen und wir das Minimum im Interesse der Durchreisenden nicht fallen lassen wollen. Nachdem noch einige wichtige bürliche Angelegenheiten in lebhafter Diskussion besprochen und geklärt waren, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung in später Stunde. — Unter der Rubrik Rundschau brachte Nr. 3 des Corr. eine Notiz betr. das hundertjährige Jubiläum der hiesigen Rems-Zeitung (Besitzer: Max Ritter), woran die Bemerkung geknüpft war, daß diese Firma leider im Tarifverzeichnis nicht zu finden sei. Dies beruht auf einem Irrtum. Die Nr. 3. gehört seit 1896 der Tarifgemeinschaft an und wird seit dieser Zeit in dem Geschäft auch der Tarif vollständig eingehalten. Auch im Tarifverzeichnis ist die Nr. 3. zu finden.

Rundschau.

Die Oberfränkische Volkszeitung, die seit zehn Jahren als Kopfblatt der Fränkischen Tagespost erschien, wird jetzt als selbständiges Blatt in Hof hergestellt.

In München erscheint seit Neujahr unter dem Titel Die Kellnerin ein Organ, das sich die Vertretung der Interessen des gesamten Kellnerinnenstandes zum Ziele gestellt hat.

Die seit 20 Jahren in Hörde im Verlage von Louis Falbach erscheinende (national-liberale) Kreiszeitung ist der Konkurrenz, namentlich der „farblofen“ Blätter, erlegen. Sie stellte ihr Erscheinen ein. Vermutlich halten die Leser farblos immer noch etwas besser als national-liberal.

Graf Büdler auf M.-Schirne hat in einer Versammlung in Berlin das Märchen von seiner beabsichtigten Vergütung in der Schweiz zum besten gegeben und zog in üblicher Weise gegen den betr. Wirt und einen der Angestellten, der die „Ehre“ hatte, mit dem Grafen zu speisen, los. Auf erhobene Privatklage wurde der Subvertiger in Berlin zu 750 M. Geldstrafe verurteilt.

Die königliche Bergwerksinspektion Saarbrücken hat unterm 15. Dezember eine Anordnung betr. Mitwirkung der Arbeiter bei der Bergwerksinspektion getroffen. Danach ist den in den einzelnen Berginspektionen gewählten Vertrauensmännern die Befugnis eingeräumt, diejenigen Steigerabteilungen, von denen sie gewählt sind, in Bezug auf die Sicherheit der Arbeiter zu befragen sowie über die daselbst vorgekommenen Unfälle sich zu unterrichten. Die Befragung erfolgt einmal im Monat in Begleitung des Abteilungssteigers oder eines andern Werksbeamten. Den Tag der Befragung hat der Vertrauensmann zu bestimmen und sich dabei streng auf die Untersuchung der Bäume zu beschränken. Beobachtungen und Bemerkungen hat der Vertrauensmann in ein „Fahrbuch“ einzutragen oder dem Obersteiger zu Protokoll zu geben. Dasselbe Verfahren ist bei Untersuchung von Unfällen zu beobachten. Vorschläge des Vertrauensmannes werden vom Obersteiger geprüft bzw. erledigt, in andern Falle dem Werkdirektor und schließlich, wenn auch dieser glaubt, keine Entscheidung treffen zu können, der Bergwerksdirektion in Saarbrücken zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Für Befragung erhält der Vertrauensmann 5 M., event. einen Teilbetrag, wenn, wie z. B. bei Unfällen, nicht eine ganze Schicht versahren wurde.

Mit dem Handwerkergeetze, von dem man sich in gewissen Kreisen so viel verspricht, will es gar nicht vorwärts gehen. In den beteiligten Kreisen hört man nichts als Klagen. Dem einen bietet das Gesetz nicht genug dem andern zu viel. So wurde in einer Versammlung der Handwerkskammer zu Köln berichtet, daß bei ist von den antilich ermittelten 3516 Lehrlingen erst 485 zur Anmeldung gekommen seien. Und über die Dauer der Lehrzeit sind die Meinungen auch geteilt, so daß sich die Kammer entschließen mußte, Konzeptionen zu machen. Es wurde eine Minimalzeit von drei Jahren und eine Maximalzeit von vier Jahren festgesetzt. In einzelnen Fällen behält sich die Kammer vor, eine kürzere Lehrzeit anzuerkennen, wenn der betr. Lehrling nach 2 1/2 Jahren die Gesellenprüfung besteht. — Einengende Vorschriften passen den Unternehmern nicht, sie wollen nach wie vor „Herren im Hause“ sein und das Gesetz nur insoweit respektieren, als es ihnen Repressivmittel gegen die Arbeiter gewährt. Dies verträgt sich aber mit einer gesetzlichen Regelung nicht — daher die allseitige Unzufriedenheit.

Arbeiterwohnungen — soweit dieselben von Unternehmern hergestellt werden — pflegt man gewöhnlich als Wohnfabriksrichtungen zu bezeichnen. Wie diese Art „Wohnsahrt“ aussieht, das ist bei ausgebrochenen Streiks genügend klar gestellt worden. Die Arbeiterwohnung wurde von dem Unternehmer als Kampfmittel benutzt, b. h. die Streikenden vor die Türe gesetzt. So geschah es dieser Tage wieder in dem Dorfe Denab in Pfortshire. Dasselbst hat sich die Kohlengesellschaft fast alle Wohnhäuser zugeeignet und an die Arbeiter vermietet. Da ein fett Juli währender Streik kein Ende nehmen will, so wurden 500 der beteiligten Familienväter von ihren Heimstätten über Nacht vertrieben und mußten sich vorerst mit „Mutter Grün“ besorgen, bis genügend Zelte errichtet sind, wo sie ein Unterkommen finden sollen.

Zur Kottage. In Leipzig waren im Dezember von 112 organisierten Stuckateuren — 67 = 59,8 Proz. zusammen 1383 Tage arbeitslos. — In einer Werkabteilung bei Krupp in Essen wurde seit 1. Januar die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, natürlich unter entsprechendem Lohnabzug: den Lohn fortzusetzen, dies gestattet das nach Millionen zählende Einkommen nicht. — Auf dem Zementwerke Marienstein (Bayern) wurde infolge Betriebserschütterung über 100 Arbeitern per 15. Januar gekündigt. — Bei Brandau in Böhmen brannte eine Walzwerkfabrik total nieder. 300 Arbeiter sind ohne Beschäftigung.

Unschuldig verurteilt wurde in Köln ein Unteroffizier zu anderthalb Jahren Gefängnis, von denen er bereits zehn Monate verbüßt hat. Das hat er zwei Gerichtsbehörden zu verdanken, die bei der Verhandlung als „Schreib-Sachverständige“ fungierten. Der Mann wurde jetzt im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, weil wirkliche Sachverständige befanden, daß jeder Laie sich sagen müsse, daß das inkriminierte Schriftstück nicht von dem Angeklagten herrühren könne.

Der Maschinenmeister Joh. Jos. Tribbels war im Jahre 1901 in der Rhein. Papierwarenfabrik Max Kleesstadt in Köln beschäftigt. Man beschuldigte ihn nach seinem Austritte, in böswilliger Weise die Rotationsmaschine beschädigt zu haben und die Strafammer in Köln verurteilte denselben im Februar 1902 wegen Sachbeschädigung zu einem Monate Gefängnis. Im Wiederaufnahmeverfahren gelang es seinem Verteidiger, die Schuldschuldigkeit L. S. nachzuweisen. Infolgedessen wurde letzterer kostenlos freigesprochen.

Ein Fabrikant in Augsburg nannte einen seiner Arbeiter „Rindvieh“ und wurde dieserhalb verklagt, aber freigesprochen und der Kläger zur Kostentragung verurteilt. Die Absicht der Beleidigung sei nicht vorhanden gewesen, auch habe der Fabrikant in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. Kurzfristig ist der Ausbruch Rindvieh durch dieses Urteil vorläufig noch nicht, da der Kläger daselbst durch alle Instanzen anzufechten gedenkt.

Weil in Pirmajens eine öffentliche Schuhmacherverammlung, die sich mit den Differenzen beschäftigten wollte, welche mit den dortigen Fabrikanten entstanden sind, und ferner eine Protestversammlung gegen die Behandlung des Posttarifes im Reichstage stattfinden sollte, deshalb — so teilt die Münchener Post mit — wurde in Zweibrücken ein Teil des Militärs in Marschbereitschaft gehalten und eine Lokomotive unter Vollampf gesetzt. Militär und Lokomotive mußten bald wieder in Ruhestand versetzt werden, da es für ersteres in Pirmajens absolut nichts zu tun gab.

Der Verband der Möbelpolierer beschloß in der Urabstimmung die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung mit 361 gegen 141 Stimmen.

Ein Schöffengericht in Köln ließ in einem Falle wegen Aufforderung zum Totschlag außerordentliche Milde walten. Der betr. Angeklagte wurde nur zu 75 M. Geldstrafe verurteilt! Es war dies ein Bauunternehmer, welcher einen Fuhrmann und einen Tagelöhner aufgefordert hatte, zwei Maurer, die seine Leute zur Einstellung der Arbeit bewegen wollten, totzuschlagen. Die Aufgeborenen befolgten den Auftrag zwar nicht wörtlich, mißhandelten aber die Maurer, den einen ziemlich erheblich; sie wurden dieserhalb zu drei bzw. fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Wir erinnern an die hohen Strafen, welche über Arbeiter verhängt wurden, welche Arbeitswillige mit „Knochenentzweiachlagen“ bedroht hatten, um dieses Urteil wirbigen zu können. Auch der Staatsanwalt beantragte im vorliegenden Falle wesentlich höhere Strafen. — Anders lautet ein Urteil in Erfurt. Dort wurden drei Förmer, welche Arbeitswillige befristet haben sollen, wegen Nötigung zu 1 Monat 3 Tagen bzw. 1 Monat bzw. 6 Wochen 2 Tagen Gefängnis verurteilt, weil Arbeitswillige eines energischen Schutzes bedürften.

In Schweden betrug im Jahre 1902 die Zahl der Streiks und Ausperrungen 123 mit 9600 Beteiligten und 350000 verlorenen Arbeitstagen. Davon werden 14 mit 3200 Arbeitern und 140000 verlorenen Arbeitstagen als Ausperrungen bezeichnet. Dabei ist der Generalstreik mit seinen etwa 120000 Teilnehmern und durchschnittlich drei Streiktage nicht in Rechnung gezogen. Der Marineminister in Frankreich beschloß die Einführung des Achtstundentages in allen Arsenalen und Werkstätten, außerhalb der Häfen, da sich verschiedene Versuche in dieser Beziehung durchaus bewährt haben.

Der Minister für Handel und Gewerbe in Italien veranstaltete eine umfangreiche Erhebung über die Berufskrankheiten, ihre Ursachen und ihre Verhütung.

In Rußland hat das Verkehrsministerium die Einführung von besonderen Krankenkassen für Eisenbahnarbeiter angeordnet. Die Unternehmer von Eisenbahnarbeiten waren zwar bisher schon gesetzlich verpflichtet, ihren Arbeitern in Krankheitsfälle ärztliche Hilfe angedeihen zu lassen, das geschah aber entweder gar nicht oder nur in ungenügender Weise. In Rußland wie anderswo sind ja bekanntlich die Unternehmer der Meinung, daß sie sich eine Nichtbeachtung der Gesetze leisten können. Nun ist ihnen auferlegt, zu dem bejagten Zwecke 1 Proz. des Wertes der von ihnen übernommenen Leistungen an die Bahnverwaltungen abzuführen. — Mit der Gewährung des Koalitionsrechtes, wie sie von Minister Witte beabsichtigt wurde — siehe hierüber in Nr. 116 des vorigen Jahrganges das nähere — ist es nichts. Obwohl der Finanzminister das gedachte Recht so veräußerte, daß für den Arbeiter noch eine Menge Schlingen übrig blieben, in denen man ihn fangen konnte, so trat doch der Mi-

